

II—3951 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1978/J

A n f r a g e

1978 -06- 30

der Abgeordneten Dr. MOCK, Dr. Gruber
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Politische Bildung in den Schulen

In der Sitzung der Schulreformkommission vom 16.11.1976 stellte Bundesminister Dr. Sinowatz zum Thema Politische Bildung in der Schule fest: "..... die Politische Bildung soll keiner einseitigen gesellschaftspolitischen Konzeption dienen, sie soll keine Anpassung erzwingen, letzten Endes aber auch nicht indoktrinieren." Nachdem sich eine klare Mehrheit dafür ausgesprochen hatte, Politische Bildung als Unterrichtsprinzip und nicht als Unterrichtsfach im österreichischen Schulwesen zu verankern, wurde eine Kommission, die von den im Nationalrat vertretenen Parteien beschickt worden ist, mit der Überarbeitung des Grundsatzerlasses "Politische Bildung in den Schulen" beauftragt.

In dieser Kommission kam es unter anderem nach Beseitigung der einseitigen Orientierung des 'Politischen' am Konfliktmodell oder der Feststellung der Unmöglichkeit der linearen Übertragbarkeit der "Demokratie" auf alle Lebensbereiche zu einer einvernehmlichen Lösung.

Am 21.6.1978 schreibt die Tageszeitung "Neues Volksblatt" unter der Überschrift "Statt Mathematik-Unterricht Parteipropaganda" über einen aufklärungsbedürftigen Fall.

- 2 -

Ein Mathematiklehrer in Oberösterreich ließ in einer zweiten Klasse einer höheren Lehranstalt Mitte Juni Mathematik sein und vermittelte anstatt Kenntnis von Gleichungen mit zwei Unbekannten parteipolitische Propaganda.

Mit der Festlegung auf das Unterrichtsprinzip 'Politische Bildung' war jedenfalls keineswegs die Zielvorstellung verbunden, daß Mathematiklehrer eine einseitige Darstellung der Geschichte Österreichs in der Zwischenkriegszeit geben, wie dies in diesem Fall geschehen ist.

Erinnert man sich in diesem Zusammenhang an den Vorschlag der Sozialistischen Jugend auf Einführung des 'Sozialismusunterrichtes' bei gleichzeitiger Abschaffung des Religionsunterrichtes oder die Aufforderung für Rauschgiftkonsum und Pornolektüre in den neuen Literaturbüchern, scheint Vorsicht im Hinblick auf die 'Politische Bildung' in den Schulen mehr als geboten.

Auch ein Artikel in der sozialistischen Lehrerzeitung "Freie Lehrerstimme" zum Thema Politische Bildung in der Volksschule, muß als Beispiel dafür herangezogen werden, was 'Politische Bildung' in der Schule nicht sein darf: parteipolitische Indoktrination. So heißt es etwa in diesem Artikel: "Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist aus der Volksschule fast völlig ausgeblendet oder wird verfälschend und verzerrt dargestellt, mit dem Ziel, den Lernenden soziale Ungleichheit und Ausbeutung als objektive Gesellschaftsmechanik plausibel zu machen".

Im weiteren wird die Marktwirtschaft als System charakterisiert, in dem "nicht produziert wird, was viele am meisten brauchen, sondern was am Gewinnbringendsten verkauft werden kann." Arbeitgeber werden als diejenigen dargestellt, "die den Arbeitnehmern mit dem Verlust des Arbeitsplatzes drohen" können. Beim Kapitel Medien wird von der "Dominanz bürgerlicher und wirtschaftlicher Kräfte und Interessen im Zeitungsbereich" gesprochen. Auch die Frage nach der "Aneignung des Mehrwertes" scheint für die Volksschule

- 3 -

von großer Relevanz. Ferner wird die Frage: "Wer hat Interesse an Kriegen?" ganz einfach beantwortet: "Politiker, Feldherren, Rüstungsindustrie, Händler".

Nachdem die unterzeichneten Abgeordneten zutiefst davon überzeugt sind, daß auf die oben dargestellte Art und Weise dem Sinn des Grundsatzerlasses 'Politische Bildung in den Schulen', der im Herbst allen Schulen zugehen wird, nicht Rechnung getragen wird, richten sie an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es der Auffassung des Bundesministers für Unterricht und Kunst, daß das Unterrichtsprinzip 'Politische Bildung' so zu verstehen ist, daß Mathematiklehrer den Fachunterricht abbrechen und dafür eine einseitige Darstellung der Geschichte Österreichs in der Zwischenkriegszeit geben ?
- 2) Wie lautet der Bericht des zuständigen Leiters der Schule über den aufgezeigten Fall ?
- 3) Auf welche Weise wird der betroffene Lehrer zur Verantwortung gezogen werden ?
- 4) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um hinkünftig Mißbräuche unter dem Deckmantel der 'Politischen Bildung' zu verhindern ?